

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen auf ausländische Staatsangehörige ausweiten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass

1. geprüft wird, welche bundesrechtlichen Möglichkeiten es gibt, ein Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen für alle dauerhaft in Berlin lebenden Menschen einzuführen, und diese Möglichkeiten zu nutzen, sei es eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene zu initiieren oder zu unterstützen,
2. das Berliner Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Landeswahlgesetz) geändert wird.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2016 zu berichten.

Begründung:

Ende des Jahres 2015 lebten rund 620.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Berlin, davon haben ca. 560.000 Menschen das 18. Lebensjahr vollendet. Diese Menschen dürfen nur teilweise an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen (nämlich die Unionsbürgerinnen und Bürger), obwohl sie sich oft seit Jahren in Berlin aufhalten. Von Bundestags- oder Landtagswahlen ist diese Gruppe von Menschen ausgeschlossen.

Die ca. 300.000 Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Berlin sind wahlberechtigt und wählbar zu den Bezirksverordnetenversammlungen unter den gleichen Voraussetzungen wie Deutsche gemäß § 22 des Berliner Landeswahlgesetzes. Dieses Recht wurde 1992 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, dem AEUV, festgelegt: „Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Recht bei Kommunalwahlen.“ Es ist also möglich, das Wahlrecht auszuweiten, wenn der politische Wille besteht.

Jedoch dürfen auch die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger nicht den Landtag wählen. Faktisch ist so ein großer Teil der Berliner Bevölkerung, landesweit sind es ca. 14 Prozent, von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Und es werden immer mehr, wie die Tendenz in der Statistik zeigt. Bereits heute sind deutschlandweit über 8,16 Millionen Menschen von der politischen Willensbildung auf Landes- und Bundesebene ausgeschlossen (LAMSA, Sachsen-Anhalt).

Nimmt die Bevölkerung im Gegensatz zum Staatsvolk anteilmäßig zu, stellt sich die Frage nach der demokratischen Repräsentanz von Ideen, Interessen und Bedürfnissen. Dies ist in Berlin dank einer starken Zivilgesellschaft noch kein akutes Problem. Wer aber langfristig plant, hat mit der Ausweitung des Wahlrechts ein kostengünstiges Integrationsinstrument an der Hand, mit dem sich gesellschaftliche Konflikte im Vorfeld entschärfen und langfristig bearbeiten lassen.

Um allen dauerhaft in Berlin lebenden Menschen die Möglichkeit zur passiven und aktiven Teilnahme an Kommunalwahlen zu geben, hat sich Berlin der Gesetzesinitiative des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2007 als Mit Antragsteller zur Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes angeschlossen (BR-Drs. 623/07). Damit sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in einem Land lebenden Menschen nach Landesrecht erreicht werden. Diese Initiative ist im Bundesrat noch nicht abschließend beraten.

Es spricht jedoch nichts dagegen, allen Berlinerinnen und Berlinern das aktive und passive Recht nicht nur bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, sondern auch bei den Landtagswahlen zu erteilen. Es handelt sich schließlich um die Möglichkeit der Mitgestaltung des unmittelbaren Umfelds der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger, von dem alle unabhängig von der Staatsangehörigkeit gleichermaßen im alltäglichen Leben betroffen sind, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Schulbildung, Soziales, ÖPNV, Umwelt.

Für die Einführung eines Wahlrechts bei Landtagswahlen für dauerhaft in Berlin lebende Menschen wäre vermutlich eine Änderung oder eine neue Auslegung von Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich. Diese Debatte läuft bundesweit schon seit mehreren Jahren. Gegner der Ausweitung des Wahlrechts führen die Debatte zum Teil mit Behauptungen, die bereits in der Vergangenheit genutzt wurden, um Arbeiter, Frauen und junge Menschen vom Wahlrecht auszuschließen.

Auf der anderen Seite erneuern zahlreiche namhafte Organisationen und Verbände im Netzwerk der „Neuen Deutschen Organisationen“ immer wieder ihre Forderung: „Die Möglichkeiten politischer Beteiligung müssten durch kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige und Quoten in den Parteien verbessert werden.“

Mit starken Partnern in der Zivilgesellschaft sowie in Bund und Ländern kann Berlin weiter für mehr Partizipation und Teilhabe aller Menschen eintreten und seinem Image einer innovativen Stadt gerecht werden.

Berlin, den 30. August 2016

Reinhardt
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion